



DVSG

Bundesrat berät Pflege-Weiterentwicklungsgesetz

Bei der nächsten Sitzung des Bundesrates am 25. April steht auch das Pflegeweiterentwicklungsgesetz auf der Tagesordnung. Da es sich nicht um ein zustimmungsbedürftiges Gesetz, sondern um ein sogenanntes Einspruchsgesetz handelt, kann der Bundesrat lediglich ein aufschiebendes Veto einlegen und bei Unstimmigkeiten den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anrufen.

Im Vorfeld hat sich der Gesundheitsausschuss des Bundesrates mit dem Gesetz beschäftigt. Aus diesem Anlass hat die DVSG die Mitglieder des Gesundheitsausschusses angeschrieben und noch einmal insbesondere auf die aus DVSG-Sicht kritische Änderung zum Versorgungsmanage-

ment (§ 11, Abs. 4 SGB V) hingewiesen. Die derzeitige Formulierung birgt die Gefahr, dass das Versorgungsmanagement künftig nur rein auf Pflegeaspekte reduziert wird. Damit ist mit dem Entlassungsmanagement aus dem Krankenhaus keine passgenaue und effektive Anschlussversorgung, die den individuellen Lebenssituationen der betroffenen Menschen Rechnung trägt, gewährleistet. Die Stellungnahme an den Bundesrat ist unter www.dvsg.org Rubrik: Aktuelles - Stellungnahmen abrufbar. Dort sind auch die beiden weiteren Stellungnahmen der DVSG zur Pflegereform zu finden.

DVSG-Fortbildungsseminare 2008

Im Rahmen des neuen Fortbildungskonzeptes bietet die DVSG in diesem Jahr vier Fortbildungsseminare an. Die Termine und Themen der einzelnen Seminare stehen nun fest.

- Sozialrechtliche Fragen in der Onkologie (12. - 13. Juni in Münster)
- Grundlagenseminar Sozialarbeit im Akutkrankenhaus/Rehabilitationsklinik (18. - 19. September in Bad Vilbel)
- Theorie und Praxis von Beratung im Gesundheitswesen - Vertiefende Auseinandersetzung mit dem Thema Beratung als Grundlage sozialarbeiterischer Handlungskompetenz (23. - 24. Oktober in Bad Vilbel)
- Grundlagenseminar Praxisforschung - Einführung in die für Sozialdienste relevanten Methoden empirischer Forschung (13. - 14. November)

Noch freie Plätze im Juni

Für das erste Seminar am 12./13. Juni sind derzeit noch einige Plätze frei. Inhaltliche Schwerpunkte des Seminars „Sozialrechtliche Fragen in der Onkologie“ sind:

- Nahtlosigkeitsregelung §125 SGB III;
- Bedeutung sozialmedizinischer Begutachtung

- im Rahmen der onkologischen Reha;
- Aktuelles zum Erwerbsminderungsrentenrecht;
- Mehrbedarfe, Hilfen zur Pflege, Hilfen zur Weiterführung des Haushaltes, Hilfen im Rahmen der SGB II und SGB XII;
- Bedeutung/Einordnung der Sozialarbeit im Kontext psychoonkologischer Versorgung

Das Seminar richtet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozialdienste in Akuthäusern, Rehabilitationskliniken, ambulanten Beratungsstellen sowie Selbständige, die onkologische Patienten beraten.

Für DVSG-Mitglieder beträgt die Seminargebühr 260 € für Nichtmitglieder 290 €

Anmeldeschluss ist der 16. Mai.

Anmeldungen und weitere Informationen:

DVSG-Bundesgeschäftsstelle
Kaiserstraße 42
55116 Mainz
Tel.: 0 61 31 / 22 24 22
Fax: 0 61 31 / 22 24 58
Email: info@dvsg.org

Informationen und online-Anmeldung auch unter www.dvsg.org, Rubrik „Veranstaltungen“

DVSG-Geschäftsbericht 2005-2007 online

Ab sofort steht der DVSG-Geschäftsbericht 2005 - 2007 zum Herunterladen für alle Interessenten unter „Publikationen“ zur Verfügung. Die DVSG gibt alle zwei Jahre einen Rückblick auf ihre Arbeit.

Der zweite Geschäftsbericht bietet eine Zusammenfassung der Entwicklung des Fachverbandes seit Oktober 2005, informiert kompakt über abgeschlossene und laufende Projekte und gibt damit einen Überblick über die Trends der Sozialarbeit im Gesundheitswesen in den vergangenen zwei Jahren.

Der Geschäftsbericht zeigt insbesondere, dass die

Verantwortlichen der DVSG an zahlreichen Projekten beteiligt waren: in den Fachgruppen und im Beirat, in Kooperationsgesprächen mit Verbänden und Politik. Vieles konnte in dieser Zeit erreicht werden, viele wichtige Projekte vorangebracht werden.

Hierzu zählen beispielsweise die Erarbeitung der DVSG-Fallgruppen und die Überarbeitung der Produkt- und Leistungsbeschreibung oder die Stellungnahmen zur Gesundheitsreform 2007 und die Beteiligung bei der Anhörung der Verbände beim Sachverständigenrat für die Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Wechsel in der AG-Leitung Leitungsteam erweitert DBSH-Tagung

AG Saarland: In der AG-Leitung hat ein Wechsel stattgefunden. Nach 25. Jahren hat Rudolf Backes, die Leitung der AG an Stephan Hötzer abgegeben. Rudolf Backes bleibt aber der AG im Leitungsteam erhalten. Weitere Mitglieder im Leitungsteam sind Christine Kukula und Brigitte Persch.

Leiter der AG Saarland

Stephan Hötzer
Kreiskrankenhaus Ottweiler
Hohlstr. 2-4, 66564 Ottweiler
Tel.: 06824 / 307-308,
Fax: 06824 / 307-208
E-Mail: agsaarland@dvsg.org

AG-Westfalen: Am 07. März 2008 fand die Mitgliederversammlung der AG Westfalen in der Maternus-Klinik Bad Oeynhausen statt. Im Leitungsteam arbeiten nun auch Gabriele Güse und Sascha Schneider mit.

Leiter der AG Westfalen

Jürgen Linsen
MATERNUS-Klinik für Rehabilitation
Am Brinkkamp 16,
32545 Bad Oeynhausen
Tel.: 05731 / 85-8622
E-Mail: agwestfalen@dvsg.org

Der DBSG veranstaltet am 13. - 15. November in Zusammenarbeit mit der Katholischen Fachhochschule NRW in Köln den ersten Berufskongress Soziale Arbeit unter dem Thema „Nachhaltigkeit statt Entprofessionalisierung“.

Dieser Kongress will erstmals in Deutschland die Menschen in den Vordergrund rücken, die in der Sozialen Arbeit beschäftigt sind und eine besondere Verantwortung tragen.

Weiter Informationen unter:

www.berufskongress-soziale-arbeit.de

Neues Leitungsteam gewählt

AG-Baden-Nord: In der Mitgliederversammlung der AG Baden-Nord wurde am 13. Februar ein neues Leitungsteam gewählt, das nun aus fünf Mitgliedern besteht: Ramona Fischer, Sonja Heinzel, Regina Menzel, Daniela Mitsch und Ilse Weis.

Vorab beschäftigten sich die Mitglieder der AG mit dem Thema „Das trägerübergreifende Budget - Eine Chance für Behinderte und chronisch Kranke?“. Seit 1. Januar besteht nach dem SGB IX ein Rechtsanspruch auf ein „Persönliches Budget“. Statt Sachleistungen können betroffene Menschen auf Antrag Geldleistungen in Form eines Budgets erhalten.

Regina Menzel von der Uniklinik Heidelberg stellte in Frage kommenden Leistungen für ein trägerübergreifendes Persönliches Budget exemplarisch für eine Schlaganfallpatientin dar. Sie betonte, dass es auch Aufgabe der Sozialen Arbeit im

Gesundheitswesen sei, Betroffene über das „trägerübergreifende Persönliche Budget“ zu informieren und zu beraten sowie bei der Antragstellung behilflich zu sein.

Leiterin der AG Baden-Nord

Ilse Weis
Universitätsklinik Heidelberg
Radiologie
Im Neuenheimer Feld 400
69120 Heidelberg
Tel.: 06221 / 56 66 52
Fax: 06221 / 56 56 52
ilse.weis@med.uni-heidelberg.de



Fachtagung: Aktuelle Entwicklungen im Gesundheitswesen

Die DVSG-AG Berlin und der DBSH-Landesverband Berlin laden am 25. Mai zu einer gemeinsamen Fachtagung zum Thema „Die aktuelle Entwicklung im Gesundheitswesen - Auswirkungen auf Strukturen, die Patientenversorgung und die Soziale Arbeit“ in das Evangelische Geriatriezentrum Berlin ein.

Die aktuelle Gesundheitsreform und das Pflegeweiterentwicklungsgesetz legen die Grundlagen für das zukünftige Gesundheitswesen. Wesentliche Ziele sind die Sicherstellung einer hochwertigen Gesundheitsversorgung für alle, die Verbesserung der (pflegerischen) Versorgungsqualität und der Auf- und Ausbau wohnortnaher Versorgungsstrukturen, die sich an den Bedürfnissen der hilfebedürftigen Menschen orientieren.

Die Fachtagung bietet ein Forum zur Ana-

lyse und Bewertung der aktuellen Entwicklungen im Gesundheitswesen aus verschiedenen Perspektiven. Vorgesehen sind vier Vorträge:

- Die aktuelle Entwicklung im Gesundheitswesen und die Auswirkungen auf die Strukturen und die Patientenversorgung (Anette Rogalla, IGES Institut GmbH)
- Die Auswirkungen auf die Strukturen und die Patientenversorgung aus Sicht der Krankenkassen (Dr. Gudrun Borchardt, Technikerkrankenkasse, Landesvertretung Berlin/Brandenburg)
- Die Auswirkungen auf die Patientenversorgung aus Sicht der Patientinnen und Patienten (Karin Stötzner, Patientenbeauftragte für Berlin)
- Die Auswirkungen auf die Strukturen, Patientenversorgung und die Soziale Ar-

beit im Gesundheitswesen (Sibylle Kraus, Mitglied im Bundesvorstand der DVSG, Vorsitzende des DBSH-Landesverbandes Berlin)

In Workshops sollen die Konsequenzen auf die Praxis der Sozialen Arbeit diskutiert und Strategien entwickelt werden.

Das Programm ist abrufbar unter <http://dvsg.org/hauptnavigation-links/arbeitsgemeinschaften/berlin/>

Anmeldungen und Informationen:

Beate Schneider
St. Joseph-Krankenhaus - Sozialdienst
Bäumerplan 24
12101 Berlin
Tel.: 0 30 / 7882-2553
Fax: 0 30 / 7882-2771
Email: Beate.Schneider@sjk.de

Aktuelle Veröffentlichungen der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR)

Die BAR hat aktuell eine Reihe von neuen Informationsmaterialien veröffentlicht und bietet diese kostenlos zum Herunterladen auf www.bar-frankfurt.de an. Alle Broschüren können auch als Druckversionen bestellt werden.

ICF-Praxisleitfaden

Der ICF-Praxisleitfaden soll mit der Internationalen Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) vertraut machen und ihre Bedeutung für die rehabilitative Tätigkeit vermitteln. Die Umsetzung der ICF-Konzeption in die klinische und ambulante Praxis steht noch am Anfang. Die Nutzungsmöglichkeiten der ICF sind noch nicht ausgeschöpft.

Diese Broschüre soll der Einführung und größeren Verbreitung der ICF in die praktische rehabilitative Arbeit dienen. Voraussetzung ist die Kenntnis der ICF-Philosophie“ und ihrer Grundbegriffe.

Praxisleitfaden Nachhaltigkeit

Mit dem Praxisleitfaden Strategien zur Sicherung der Nachhaltigkeit von Leistungen

zur medizinischen Rehabilitation will die BAR Ärzten, Therapeuten, weiteren Mitgliedern des Rehateams sowie den betroffenen Menschen selbst Hilfestellung geben, wie die Nachhaltigkeit des Rehabilitationserfolges schon von der Rehabilitationseinrichtung aus vorbereitet und in die Wege geleitet werden kann.

Es wird aufgezeigt, wie der Rehabilitand auch im Anschluss an eine medizinische Rehabilitationsleistung gefördert und begleitet werden kann.

Gemeinsames Rahmenkonzept für Kinder und Jugendliche

Das „Gemeinsames Rahmenkonzept der Gesetzlichen Krankenkassen und der Gesetzlichen Rentenversicherung für die Durchführung stationärer medizinischer Leistungen der Vorsorge und Rehabilitation für Kinder und Jugendliche“ soll als Leitlinie für die zielgerichtete Weiterentwicklung der Behandlungskonzepte und der indikationsspezifischen Anforderungsprofile für Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen für Kinder und Jugendliche dienen.

Positionspapier „Perspektiven der Rehabilitation“

Der BAR-Sachverständigenrat der Ärzteschaft hat ein Positionspapier vorgelegt, in dem aus sozialmedizinischer Sicht trägerübergreifend angelegte Entwicklungsperspektiven für die Zukunftssicherung der Rehabilitation im Gesundheitswesen aufgezeigt werden.

In einer Zusammenfassung werden anhand von Thesen wesentliche Weiterentwicklungsperspektiven formuliert. Thesen sind unter anderem:

- Rehabilitation und Teilhabeplanung müssen sich „wie aus einer Hand“ über alle Versorgungsbereiche erstrecken.
- Die Ausrichtung der Rehabilitation auf individuelle Bedarfe muss auf der Grundlage einer konsequenten Anwendung der ICF erfolgen.
- Zugangssteuerung und Durchführung der Rehabilitation sollen wissenschaftlich fundiert erfolgen
- Prävention und Rehabilitation müssen stärker aufeinander abgestimmt werden.

Rehawissenschaftler in Deutschland 2008

Das Verzeichnis der Reha-Wissenschaftler 2008 bietet einen aktuellen Überblick über die rehabilitationswissenschaftlichen Forschungsaktivitäten in Deutschland. Die Reha-Wissenschaftler sind alphabetisch sortiert und mit Kontaktdaten und Fachgebieten genannt. Ein Stichwortverzeichnis ermöglicht das Zuordnen von Themen zu Personen.

Das Verzeichnis wird jährlich aktualisiert und gemeinsam herausgegeben von REHADAT, der Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation (BAR), der Deutschen Vereinigung für Rehabilitation (DVfR)

und der Deutschen Rentenversicherung Bund. Eine Neuaufnahme ins Verzeichnis ist jederzeit per Online-Formular möglich.

Die Wissenschaftler können auch über die REHADAT-Datenbank Adressen gefunden werden. Dort sind die Einträge in der Regel auch mit Links auf Forschungsprojekte und Veröffentlichungen versehen.

Die vollständig aktualisierte 16. Ausgabe kann ab sofort als PDF-Datei im Internet unter www.rehadat.de heruntergeladen werden.

Berliner Termine

- 15. Deutscher Krankenhaus-Controller-Tag am 24. und 25. April (www.dvkc.de)
- 2. Deutscher REHA-Rechtstag am 16. Mai (www.reharechtstag.de)
- Hauptstadtkongress Medizin und Gesundheit 2008 am 4. - 7. Juni (www.hauptstadtkongress.de)
- 4. Internationales Forum zum Disability Management am 22. - 24. September (www.disability-manager.de)

Deutsche Alzheimergesellschaft: Neuer Leitfaden zur Pflegeversicherung

Nachdem der Deutsche Bundestag am 14. März 2008 das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz verabschiedet hat, wurde der „Leitfaden zur Pflegeversicherung“ der Deutschen Alzheimer Gesellschaft umgehend aktualisiert. Ab 1. Juli 2008 werden zahlreiche Änderungen in Kraft treten, die auch für Demenzkranke wichtig sind.

Der „Leitfaden zur Pflegeversicherung“ verdeutlicht speziell für Demenzkranke, welche Pflegeleistungen im Rahmen der

Pflegeversicherung (Sozialgesetzbuch XI) finanziert werden. Der jetzt in 9. Auflage erschienene Band soll Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen helfen, sich im Dschungel der oft komplizierten Regelungen zurecht zu finden. In dem Leitfaden geht es beispielsweise um die Fragen: Wo und wie müssen Anträge gestellt werden? Welche Arten von Leistungen können wofür beansprucht werden? Was ist bei der Begutachtung durch den Medizinischen Dienst zu beachten? Der Band enthält Mus-

ter zum Ausfüllen eines Pflegetagebuchs, für die Begründung eines Widerspruchs und eine Vorlage für ein ärztliches Attest.

Der 184seitige Leitfaden kann zum Preis von 4,50 € bestellt werden bei:

Deutsche Alzheimer Gesellschaft,
Friedrichstraße 236, 10969 Berlin,
Tel. 030 – 259 37 95 – 0,
info@deutsche-alzheimer.de

Internet:

www.deutsche-alzheimer.de/?id=39



**DEUTSCHE VEREINIGUNG FÜR
SOZIALARBEIT IM GESUNDHEITSWESEN**

Kaiserstraße 42
55116 Mainz
Telefon: 0 61 31 / 22 24 22
Telefax: 0 61 31 / 22 24 58
Email: info@dvsg.org

Redaktion:

Ingo Müller-Baron (verantwortlich)
Anemone Falkenroth
Hans Nau
Ulla Seelhorst-Köhler

**Besuchen Sie uns auch im
Internet!**

Pilot-Pflegestützpunkte bundesweit gestartet

Im Rahmen des Modellvorhabens des Bundesministeriums für Gesundheit zu „Pflegestützpunkten und Pflegeberatern“ wurde in jedem Land ein Pilot-Stützpunkt festgelegt. Im Saarland (St.Wendel) und Rheinland-Pfalz (Ingelheim) sind als Standorte BeKo-Stellen ausgewählt worden.

Die Zielsetzung des Projekts besteht darin, modellhaft in allen Bundesländern Pflegestützpunkte und Pflegeberatung zu erproben. Der Aufbau der Pilot-Pflegestützpunkte wird mit einer Projektförderung von 30.000 Euro je Stützpunkt unterstützt.

Insgesamt stehen aus dem „Modellprogramm zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger“ für die Pilot-Pflegestützpunkte und deren Begleitung und Koordinierung durch das Kuratorium Deutsche Altenhilfe über eine Million Euro zur Verfügung.

Die Pilot-Pflegestützpunkte sollen Erfahrungen im Aufbau und im Betrieb von Stützpunkten sammeln, dokumentieren und für andere Interessenten als hilfreiche Information zusammenstellen. Ziel der Pilot-Pflegestützpunkte ist es darzustellen, dass eine wohnortnahe gute Beratung mit guter Betreuung die Gewähr dafür ist, ein Leben in Würde in der eigenen Häuslichkeit im Alter führen zu können. In regionalen Konferenzen sollen die Akteure der einzelnen Pflegestützpunkte ihre Erfahrungen im Aufbau und Betrieb der Stützpunkte austauschen.

Ab 1. Juli 2008 werden die Länder die Entscheidung über die flächendeckende Versorgung mit Pflegestützpunkten jeweils einzeln zu treffen haben. Die Pflegeversicherung gewährt ihnen eine Anschubfinanzierung in Höhe von 45.000 € bzw. 50.000 € bei nachhaltiger Einbindung des Ehrenamtes. Insgesamt stehen 60 Mio. zur Verfügung.

www.dvsg.org Der Klick, der sich lohnt

Kooperationsprojekt berufliche Eingliederung Epilepsiekranker

Das Epilepsiezentrum Kork, das Berufsbildungswerk Waiblingen und das Berufsbildungswerk CJD Offenburg arbeiten gemeinsam an der Verbesserung der beruflichen Eingliederung von jungen Menschen mit Epilepsie. Beteiligt sind Mitarbeiter aus den Professionen Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Psychologie und Medizin. Finanziert wird das Modellprojekt aus dem Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe-Fond des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Ziel ist, die Hemmnisse, denen junge Menschen mit Epilepsie in Bezug auf Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten begegnen, möglichst zu beseitigen oder mindestens zu verringern und den Raum für Chancen zu vergrößern. Ihnen soll ein breiteres Ausbildungsangebot als bisher zur Verfügung stehen. Eine erfolgreiche Vermittlung in den Arbeitsmarkt ist das oberste Projektziel für die jungen Menschen. Unterstützung auch im psychosozialen Bereich soll ihnen und ihren Angehörigen zugute kommen bei den Schwierigkeiten, die sich aufgrund

der Epilepsie ergeben.

Durch das Projekt soll ein Netzwerk in Südwest-Deutschland entstehen (Schwerpunkt: Baden-Württemberg), das die Chancen für junge Menschen mit Epilepsie in dieser Region optimiert: zwischen Kliniken (Epilepsiezentren) - Schwerpunktambulanzen / Niedergelassenen Ärzten - Kammern und Innungen - Agenturen für Arbeit - Betrieben - Selbsthilfegruppen - Krankenkassen - Berufsbildungswerken.

Im Jahr 2007 wurden in den beteiligten Berufsbildungswerken Befragungen durchgeführt: eine auf der Ebene der Mitarbeitenden (Ausbilder, Sozialpädagogen, Psychologen) und eine bei den jungen Auszubildenden mit Epilepsie. Dasselbe wurde im Epilepsiezentrum Kork gemacht. Parallel dazu liefen Befragungen in Betrieben der freien Wirtschaft, den Integrationsfachdiensten, den Rehabilitationsberatern der Agenturen für Arbeit und bei Ärzten in Kliniken und Praxen.

Es geht darum, die jeweils gemachten Erfahrungen in Bezug auf die Krankheit und den Weg in Ausbildung bzw. Ver-

mittlung zu erfassen und die Wünsche hinsichtlich Unterstützungsmöglichkeiten („Handwerkszeug“) durch das Projekt zu erheben.

Im Verlauf des dreijährigen Projektes werden Schulungen und Module bzw. Gruppenangebote entwickelt, die

- den Jugendlichen und ggf. ihren Angehörigen,
- den Mitarbeitenden, die mit diesen Jugendlichen zu tun haben,
- den Betrieben, die diese Jugendlichen in Ausbildung oder Arbeit übernehmen,

den Umgang mit der Krankheit Epilepsie erleichtern sollen und die konkreten Chancen auf Ausbildung und Arbeit für die Jugendlichen erhöht

Ansprechpartnerin:

Helga Schmid
(Projektleitung Epilepsieprojekt)
Berufsbildungswerk Waiblingen gGmbH
Steinbeisstr. 16
71332 Waiblingen
Email: helga.schmid@bbw-waiblingen.de

www.modellprojekt-epilepsie.de